

# Außenpolitik in engen Grenzen

Wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg strebten die beiden deutschen Staaten danach, als gleichberechtigte Mitglieder in die internationale Völkergemeinschaft aufgenommen zu werden. Welche Spielräume hatten sie dabei und welche Ergebnisse brachten ihre Bemühungen?

**North Atlantic Treaty Organization (NATO)**  
westliches Verteidigungsbündnis europäischer und nordamerikanischer Staaten

**Benelux**  
Abkürzung für die drei Staaten: Belgien, Niederlande und Luxemburg

## Begrenzter Spielraum

Auch nach ihrer Gründung waren die beiden deutschen Staaten auf dem Gebiet der Außenpolitik von den jeweiligen Besatzungsmächten abhängig. Die Bundesrepublik durfte 1951 zwar ein Auswärtiges Amt einrichten, aber erst mit der Aufhebung des Besatzungsstatuts 1955 erhielt sie weitgehende außenpolitische Handlungsfreiheit. Alle Fragen, die Berlin, einen endgültigen Friedensvertrag und die Wiedervereinigung betrafen, blieben in der Zuständigkeit der Siegermächte. Die DDR hatte zwar seit Anbeginn einen Außenminister, der musste aber die Beschlüsse des Politbüros umsetzen, die zuvor von der Sowjetunion gebilligt worden waren.

Italien und die Benelux-Staaten legten ihre Kohle- und Stahlproduktion zusammen. Im März 1957 erweiterte sich dieser Zusammenschluss zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), dem Vorläufer der heutigen politischen Europäischen Union.

## Die neue Ostpolitik

Bereits die erste Große Koalition unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) und Außenminister Willy Brandt (SPD) unternahm seit 1966 Annäherungen an die Ostblockstaaten. Aber erst die nachfolgende sozialliberale Regierung, die von Willy Brandt als Bundeskanzler geführt wurde, erreichte eine wirkliche Veränderung in den Beziehungen. Erstmals akzeptierte jetzt die Regierung die Existenz

## Integration in die westliche Welt

- 20 Nach zwei Weltkriegen innerhalb von 31 Jahren war die Aussöhnung mit Frankreich ein besonderes Anliegen Konrad Adenauers, das auch der französische Ministerpräsident Charles de Gaulle teilte.
- 25 Gekrönt wurde dieser Versöhnungsweg durch den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag, den beide im Januar 1963 unterzeichneten.
- 30 Konrad Adenauer ließ nie einen Zweifel daran, dass die Bundesrepublik unumkehrbar in den Westen – Europa und Nordamerika – eingebunden sein müsse, um den Deutschen ein Leben in Freiheit und Frieden zu sichern. Er wollte unter dem Sicherheitsschild der USA die westeuropäische Integration der Bundesrepublik erreichen. Der Beitritt zur NATO im Jahr 1955 war auf militärischem Gebiet ein wichtiger Schritt. Innereuropäisch diente im Juli 1952 die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) diesem Ziel. Deutschland, Frankreich,
- 40

## Q1 Schritte zur Versöhnung

Konrad Adenauer und der französische Staatspräsident Charles de Gaulle während eines Gottesdienstes in der Kathedrale von Reims, Foto, 8. Juli 1962





## Q2 Der Kniefall

Willy Brandt vor dem Denkmal für die Opfer des Warschauer Ghettoaufstands, Foto, 7. Dezember 1970



streckenraketen aufzustellen, die Europa erreichen konnten. Aus Sorge vor der Verschiebung des Mächtegleichgewichts in Europa forderte nun Bundeskanzler Helmut Schmidt von der NATO die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik. Am 12. Dezember 1979 fasste die NATO einen Doppelbeschluss. Einerseits bot sie der UdSSR Verhandlungen über den Abbau der Mittelstreckenraketen an, andererseits drohte sie, bei einem Scheitern der Gespräche Ende 1983 ebenfalls atomare Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren. Helmut Schmidts Eintreten für diesen NATO-Doppelbeschluss brachte ihn in Gegensatz zu großen Teilen seiner eigenen Partei, der Friedensbewegung und weiten Teilen der deutschen Medienöffentlichkeit, die einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa wünschten. Erst die Nachfolgeregierung unter Helmut Kohl konnte den ausgehandelten NATO-Doppelbeschluss 1983 umsetzen.

**Warschauer Pakt**  
östliches Militärbündnis unter Führung der Sowjetunion

**Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)**  
Bündnis osteuropäischer Staaten unter Führung der UdSSR; 1949 als Reaktion auf den westlichen Marshallplan und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gegründet; aufgelöst 1991

zweier deutscher Staaten. Nachdem am 12. August 1970 zunächst mit der UdSSR ein Vertrag über die Unverletzlichkeit, aber nicht die Unverrückbarkeit der Grenzen in Osteuropa geschlossen worden war, stand die Tür für ähnliche Verträge mit Polen, der Tschechoslowakei und der DDR offen. Diese sogenannten Ostverträge, die eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den Staaten vereinbarten, waren die notwendige Ergänzung zur erfolgreichen Westintegration der Bundesrepublik, die Konrad Adenauer eingeleitet hatte.

### Das Erreichte festigen

Die bundesrepublikanischen Folgeregierungen unter Helmut Schmidt (SPD) und Helmut Kohl (CDU) widmeten sich der Vertiefung der europäischen Integration. Sie mussten aber gleichzeitig die Kräftebalance zwischen NATO und Warschauer Pakt beachten, denn noch immer gingen die Regierungen davon aus, dass im Falle eines militärischen Konflikts Deutschland zum Hauptkampfplatz werden würde. 1976 begann die Sowjetunion, atomare Mittel-

### Die DDR strebt nach Anerkennung

Die Außenpolitik der DDR war auf die enge Einbindung in den Ostblock und den Ausgleich mit den östlichen Nachbarn orientiert. 1950 schloss die DDR einen Vertrag mit Polen, in dem sie auf die ehemals deutschen Gebiete östlich der Flüsse Oder und Neiße verzichtete. Im selben Jahr wurde die DDR Mitglied im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Die enge Anbindung an die Sowjetunion machte es der DDR-Regierung unmöglich, eigenständige Kontakte zu westlichen Regierungen zu unterhalten. Seit der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre versuchte die DDR, diesen Mangel durch wirtschaftliche, politische und militärische Kooperationen mit jungen Staaten auf dem afrikanischen sowie mittel- und südamerikanischen Kontinent auszugleichen. Als Gegenleistung erhielt die DDR von diesen Staaten diplomatische Anerkennung auf internationaler Ebene. Im Jahr 1973 wurden schließlich beide deutsche Staaten in die UNO aufgenommen und erlangten die endgültige internationale Anerkennung.



### Q3 Adenauers Außenpolitik

*Aus der Regierungserklärung Konrad Adenauers vom 20. September 1949:*

Wenn wir [...] auch kein Ministerium des Auswärtigen haben, so bedeutet das keineswegs, daß wir damit auf jede Betätigung auf diesem Gebiete Verzicht leisten. Das Paradoxe unserer Lage ist ja, daß – obgleich die auswärtigen Angelegenheiten Deutschlands von der Alliierten Hohen Kommission wahrgenommen werden – jede Tätigkeit der Bundesregierung oder des Bundesparlaments auch in inneren Angelegenheiten Deutschlands irgendwie eine ausländische Beziehung in sich schließt. Deutschland ist infolge Marshallplan (... und Besatzungsstatut) enger mit dem Auslande verflochten als jemals zuvor. [...]

Im Potsdamer Abkommen heißt es ausdrücklich:

Die Chefs der drei Regierungen, das sind die

Vereinigten Staaten, England und Sowjetrußland, haben ihre Absicht bekräftigt, daß die endgültige Bestimmung der polnischen Westgrenzen bis zur Friedenskonferenz vertagt werden muß. Wir können uns daher unter keinen Umständen abfinden mit einer von Sowjetrußland und Polen später einseitig vorgenommenen Abtrennung dieser Gebiete. [...] Die Bundesregierung wird allen diesen Fragen die größte Aufmerksamkeit widmen und sich dafür einsetzen, daß auch das uns zustehende Recht geachtet wird. [...] Der deutsch-französische Gegensatz, der Hunderte von Jahren die europäische Politik beherrscht hat, [...] muß endgültig aus der Welt geschafft werden. [...]

Zit. nach Merith Niehuss/Ulrike Lindner (Hrsg.), Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 10, Besatzungszeit, Bundesrepublik und DDR 1945–1969, Stuttgart 1998, S. 196 f., 200 f.

### Q4 Grundzüge einer neuen Ostpolitik

*Egon Bahr (1922–2015) war SPD-Politiker und einer der wichtigsten Berater und Vertrauten des Bundeskanzlers Willy Brandt. Am 15. Juli 1963 stellte er in der Evangelischen Akademie in Tutzing die Grundzüge einer zukünftigen Außenpolitik der SPD vor.*

Die amerikanische Strategie des Friedens läßt sich durch die Formel definieren, daß die kommunistische Herrschaft nicht beseitigt, sondern verändert werden soll [...] Heute ist klar, daß die Wiedervereinigung nicht ein einmaliger Akt ist, der durch einen historischen Beschluß an einem historischen Tag auf einer historischen Konferenz ins Werk gesetzt wird, sondern ein Prozeß mit vielen Schritten und vielen Stationen. [...] Wir haben gesagt, daß die Mauer ein Zeichen der Schwäche ist. Man könnte auch sagen, sie war ein Zeichen der Angst

und des Selbsterhaltungstriebes des kommunistischen Regimes. Die Frage ist, ob es nicht Möglichkeiten gibt, diese durchaus berechtigten Sorgen dem Regime graduell so weit zu nehmen, daß auch die Auflockerung der Grenzen und der Mauer praktikabel wird, weil das Risiko erträglich ist. Das ist eine Politik, die man auf die Formel bringen könnte: Wandel durch Annäherung. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir Selbstbewußtsein genug haben können, um eine solche Politik ohne Illusion zu verfolgen, die sich außerdem nahtlos in das westliche Konzept der Strategie des Friedens einpaßt, denn sonst müßten wir auf Wunder warten, und das ist keine Politik.

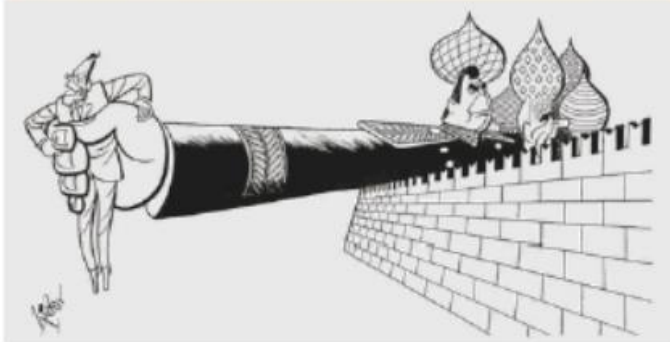
Zit. nach Wolfgang Benz/Günter Plum/Werner Röder, Einheit der Nation. Diskussionen und Konzeptionen zur Deutschlandpolitik der großen Parteien seit 1945, Stuttgart 1978, S. 285–289.

1. Erläutere die Eckpunkte der außenpolitischen Bestrebungen der Regierung Adenauers (VT, Q3).
2. Erläutere die Formel „Wandel durch Annäherung“ vor dem Hintergrund der bisherigen außenpolitischen Haltung gegenüber den Ostblockstaaten (Q4).
3. Diskutiere die unterschiedlichen Wege, mit denen der Frieden in Mitteleuropa gesichert werden sollte (VT, Q1-Q4, Q7).
4. Fasse zusammen, inwiefern die Außenpolitik beider deutscher Staaten in engen Grenzen stattfand (VT).



#### Q5 „Wir halten unbeirrt an unserer Ostpolitik fest ...!“

Die Karikatur von Wolfgang Hicks (1971) stellt den russischen Staatschef Leonid Breschnew und seinen Bonner Botschafter Semjon Zarapkin hinter der Kreml-Mauer dar. Die Figur links ist Bundeskanzler Willy Brandt.



#### Q7 Sicherheit durch militärisches Gleichgewicht?

Aus der Regierungserklärung Helmut Schmidts vom 9. April 1981 zum NATO-Doppelbeschluss:

Mit unseren Bündnispartnern stehen wir vor der Aufgabe, das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West zu gewährleisten und wo dies nötig ist es wieder herzustellen. [...] Bei den Mittelstreckenwaffen ist das Gleichgewicht durch sowjetische Aufrüstung wesentlich beeinträchtigt worden. [...] Heute [...] verfügt die Sowjetunion über mehr als 600 eurostrategische Raketen – darunter inzwischen schon mehr als 200 SS-20, von denen jede drei Sprengköpfe hat [...] Auf westlicher Seite steht dem in Europa, abgesehen von 18 französischen Raketen, nichts Vergleichbares gegenüber. Dieses erhebliche militärische Übergewicht stellt eine erhebliche politische Gefährdung dar. Das Bündnis hat vor anderthalb Jahren mit dem so genannten Doppelbeschluss eine neue Komponente in die Sicherheitspolitik eingeführt. Wir wollen nicht zuvor amerikanische Nachrüstung, um erst danach über Rüstungsbegrenzung

#### Q6 Internationale Anerkennung der DDR

Walter Ulbrichts Staatsbesuch in Ägypten 1956 (damals: Vereinigte Arabische Republik) war seine erste Auslandsreise in ein nichtsozialistisches Land. Seine Ehefrau Lotte Ulbricht schreibt darüber 1966:

Die verzweifelten und oft grotesken Bemühungen der Bonner Regierung, die Reise des Staatsratsvorsitzenden in die VAR zu verhindern, hatten die ganze Welt und in erster Linie natürlich unsere Bürger auf die Reise aufmerksam gemacht. So gut hätten wir das mit der besten Propaganda nicht geschafft. [...] Vor mir liegt das umfangreiche Reiseprogramm; daraus ist zu entnehmen, daß für den Empfang Walter Ulbrichts alle Ehrungen vorgesehen sind, die einem Staatsoberhaupt beim Besuch eines fremden Landes zukommen. Unser Arbeiter-und-Bauernstaat gilt also etwas in der Welt! [...] Nun ist es so weit, wir fahren in den Kairoer Hauptbahnhof ein. [...] Fotografen und Journalisten sind kaum zu bändigen. Als beide Staatsoberhäupter aus der Halle treten, bricht auf dem Vorplatz, auf dem sich Hunderttausende Kairoer versammelt haben, ein Orkan los [...].

Lotte Ulbricht, Eine unvergessliche Reise, Leipzig/Berlin 1966, S. 13/15.

zu verhandeln. Vielmehr suchen wir [...] schon bevor die erste neue amerikanische Waffe in Stellung gebracht wird, Verhandlungen mit dem Ziel eines militärischen Gleichgewichts auf einem möglichst niedrigen Niveau. Diese Gleichzeitigkeit beider Anstrengungen entspricht dem Grundprinzip, [...] den Frieden durch militärische Sicherheit zu wahren und zugleich Rüstungskontrolle und Zusammenarbeit zu betreiben.

Zit. nach Alfred Mechttersheimer (Hrsg.), Nachrüstung? Dokumente und Positionen zum NATO-Doppelbeschluss, Reinbek 1981, S. 34.